

Wir haben, glaube ich, auch feststellen können, daß es wehtun kann, Erinnerungen zuzuhören, und daß vor allen Dingen Erinnern wehtun kann. Immer dann, wenn soziale und politische Bezüge zu heute hergestellt worden sind, ist aber auch deutlich geworden, daß offensichtlich auch Teilen wehtut.

Wenn die zwei Tage gestern und heute mit dazu beitragen könnten, daß wir es schaffen, noch mehr Verständnis, mehr Sensibilität aufzubringen, uns in die Schuhe derer, die damals gelitten haben, zu stellen und dann noch überzeugender als bisher zu teilen, dann wäre – so glaube ich – viel erreicht.

Mancher wird vielleicht sagen: Ihr habt euch hier auf den Weg gemacht, um den Alltag in der Deutschen Demokratischen Republik zu hinterfragen, vorzustellen. – Ich glaube, daß uns das gelungen ist, wenn auch sicherlich nicht in 16 Millionen Facetten. Aber ich möchte jedem, der hier gewesen ist, noch einmal deutlich sagen: Es waren Tausende, viele Tausende, von denen in diesen zwei Tagen geredet worden ist. Und ich glaube, auch darin sind wir uns einig: Ein einziger noch wäre zuviel!

Lassen Sie mich für die Enquete-Kommission noch einmal sagen: Es wird diesen Brief geben, einen Brief an die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages mit der dringenden Forderung um Beschleunigung und Nacharbeit. Ich gehe davon aus, daß die Enquete-Kommission unter den politischen Persönlichkeiten unseres Landes um Unterstützung werben und bitten wird. So verstehe ich auch das Hiersein der Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Ein sehr persönlicher Satz zum Schluß. Für mich ist in den letzten beiden Tagen durch die Formulierung vieles auf den Punkt gebracht worden: Die DDR war der permanente Anschlag auf die Würde des Menschen.

Ich bitte Sie, sehr verehrte Frau Präsidentin, zu uns zu sprechen.

Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth: Herr Vorsitzender! Lieber Herr Eppelmann! Mitglieder der Enquete-Kommission! Meine Damen und Herren! Wenn ich hier am Ende der Veranstaltung kurz das Wort ergreife, dann möchte ich die Motive kurz benennen.

Das erste, was mir wichtig ist, ist, denen zu danken, die diese Veranstaltung durchgeführt haben, und vor allem denjenigen, die hier gesprochen haben. Denn ich glaube – ich sage das aus der Situation meiner Person, die Vergleichbares nicht erfahren hat –, es ist wahnsinnig schwierig, das, was man erfahren hat, dann auch noch öffentlich erinnernd in Sprache umzusetzen, das, was zum Allerpersönlichsten und doch zugleich zu dem gehört, was man durch Staat, die Mitmenschen mit ihren unterschiedlichen Funktionen und auch ganz persönlich erfahren hat. Wir wissen auch aus Dokumenten nach 1945, was das dem einzelnen abverlangt.

Und dennoch: Nach dem, was ich heute morgen gelesen habe, was mir Herr Eppelmann vom gestrigen Tage berichtet hat, ist neben der großen

Anstrengung, dem Stammeln, den Tränen – von denen ich sagen muß: Gut, daß es noch die Fähigkeit zum Trauern gibt! – auch deutlich geworden, wie schwierig es ist, Alltag einzuschätzen, wie unterschiedlich er für die einzelnen war, auch wenn Sie gerade noch einmal die überwölbende Überschrift „Anschlag auf die Würde des Menschen“ genannt haben.

Es ist vom SED-System und -Regime gesprochen worden. Für mich ist ganz wichtig, daß wir etwas mitnehmen: Es genügt nicht, wenn so etwas im Grundgesetz steht – es muß gelebt und praktiziert werden.

Das zweite, das gestern und heute deutlich geworden ist, ist, wie es den Gruppen ergangen ist, die als politisch Andersdenkende eigentlich im Sinne dessen, was auch in der Verfassung der früheren DDR stand, leben wollten, denken und handeln wollten, welche Unterdrückung und welche Repression sie erfahren haben, nicht nur als Intellektuelle, als alltägliche Bürger aus den Gruppen, ob es nun Verweigerer des Wehrdienstes in den Gruppen „Frieden und Menschenrechte“ waren, ob es diejenigen waren, die wegen ihrer christlichen Überzeugung ausgegrenzt waren, die von Ausbildung, Studium und Beruf ausgegrenzt wurden. Ich denke, die Palette ist breit, und „Repression“ ist ein viel zu sanfter Ausdruck für das, was an tiefsten Verletzungen bis hin zu Zerstörungen erfolgt ist.

Ich habe nicht persönlich folgen können, möchte aber einiges sagen, was mich gegenwärtig beschwert und was offenbar auch der gestrige Tag noch einmal zum Ausdruck gebracht hat. Das ist die Aufforderung an mich und an uns: Vermeiden wir wenigstens einen Teil der Fehler, die wir nach 1945 unter ganz anderen Bedingungen begangen haben. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen, die zunächst durch die Alliierten durchgeführt wurden. Im Rahmen meiner kurzen Ausführungen will ich darauf jetzt nicht eingehen.

Da möchte ich drei Punkte besonders herausheben. Ich weiß nicht, inwieweit das auch Gegenstand Ihres Briefes ist.

Mich bedrückt besonders nachhaltig – und hier können wir uns auch als Parlamentarier nicht zufriedengeben –, daß die Benachteiligten und Unterdrückten von gestern wiederum auch die Benachteiligten und Ausgegrenzten von heute sind. So können wir Unrecht nicht wiedergutmachen!

(Beifall)

Ich glaube, das ist das, was ich am häufigsten erfahre, nicht nur hier, sondern auch wenn ich Ihnen an anderen Orten begegne. Und ich verstehe auch diejenigen, die uns wegen des Unrechtsbereinigungsgesetzes sehr kritisch angehen. Ich glaube, wir alle wissen, daß trotz der Schwierigkeiten in unseren Finanzkassen darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen sein kann. Ich gebe mich jedenfalls nicht damit zufrieden und weiß, daß viele Parlamentarier das auch nicht tun. Sie alle wissen, wieviel Ungereimtes

es auch bei Gutmeinenden gab und gibt hinsichtlich dessen, was ich „Entschädigung“ nennen möchte. Wir hatten auch einmal das furchtbare Wort „Wiedergutmachung“. So etwas kann man nicht wiedergutmachen. Also sollten wir solche Wörter nicht erfinden. Aber wenn man überhaupt einen finanziellen Ausgleich gibt, damit wenigstens noch ein Rest an Lebenschancen wahrgenommen werden kann, dann ist dies nicht zu Ende geführt.

Ich füge in den Fragenkatalog, der hier auch zur Sprache gekommen ist – jedenfalls entnehme ich das dem, was ich jetzt am Ende mitbekommen habe –, ein: Zu dem, was Alltag in der früheren DDR ausmachte, gehört auch die Frage: Und wie sind wir damit umgegangen? Was war denn unser Alltag?

Mir ist das eben zu schnell gegangen, als gesagt wurde, das sei entweder Dummheit oder Berechnung gewesen. Es war weiß Gott komplizierter. Hier sitzen ja Mitverantwortliche am Tisch, und ich nehme mich für die Zeit ab 1985 gar nicht aus. Wir alle müssen uns hier fragen, wenn man sagt, es habe Anpassung und Verweigerung, Anpassung und Repression gegeben: Was war unter diesen Bedingungen zu tun, was haben wir richtig gemacht, und was hätten wir anders machen können?

Ich finde, diese Frage gehört auch mit dazu, weil der Alltag in der früheren DDR in hohem Maße von dem abhängig war, was die Schwestern und Brüder im freien Teil Deutschlands taten und was die Europäer, was die Alliierten taten. Dies alles gehört auch zum Alltag in der früheren DDR und kann nicht außen vor gelassen werden. Denn wenn wir danach fragen, wie es bei euch war, müssen wir gleichzeitig fragen, wie es bei uns war. Und wer da sagt, er wasche seine Hände in Unschuld, den möchte ich erst noch geboren wissen. Sie können in diesem Bereich nicht handeln, ohne gleichzeitig auch Fehler zu machen in Anpassungen, die notwendig waren, und in Unterlassungen. Ich denke, beides gehört zusammen. Niemand sollte also sagen: Wir haben den Stein der Weisen gefunden, wir haben uns immer richtig verhalten.

Ich komme gerade von einer Veranstaltung „25 Jahre Deutsches Hilfswerk und Diakonie“. Wie hätten denn Krankenhäuser, Behindertenheime, Altenheime auszusehen, wenn wir nicht auch Wege gegangen wären, wo jeweils überlegt werden mußte: Geht es noch oder geht es nicht mehr? Da fangen dann die Fragen an.

Ich habe es häufig erlebt – das möchte ich als letzten Satz sagen –, daß an einem Tag ein Mitglied der Oppositionellen uns sagte: Wenn ihr nicht bald aufhört, diesen Staat zu stabilisieren, dann ist die Lage für uns hoffnungslos! – Dann waren am anderen Tag diejenigen da, die sagten: Ihr müßt unbedingt sehen, daß sie doch die Ausreise erhalten; ihr müßt mehr tun für Besuche und Begegnungen! –

Ich denke, es gibt kein menschliches Handeln frei von Verantwortung und Schuld. Wenn wir das daraus lernen, dann ist für mich das Tröstliche und Hoffnungsvolle, daß offenbar hier Menschen, die bereit waren, sich öffentlich

zu erinnern, auch die Chance gegeben wurde, sie mit ihrer Geschichte, ihrem Alltag anzunehmen und nicht schon wieder mit Urteilen und Vorurteilen zu belegen; denn eine Tabuisierung hat uns in keinem Bereich weitergebracht. Ich sage sogar: Das, was wir auch gegenwärtig an Antisemitismus haben, hat auch etwas mit falschen Tabuisierungen zu tun.

Ich danke allen noch einmal ganz herzlich.

(Beifall im ganzen Hause)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Der Beifall erübrigt jeden Kommentar. Nur ein Wort noch: Die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur ist eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich darf nun die Obleute der Enquete-Kommission bitten, im einzelnen ihre Statements abzugeben. Zunächst Frau Abg. Dr. Dorothee Wilms von der Unions-Fraktion.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich glaube, nach den Tagen, die wir hier miteinander im Deutschen Reichstag verbracht haben, erübrigen sich große Kommentare, vor allen Dingen, weil Frau Professor Süßmuth schon das wichtigste zusammengefaßt hat. Ich muß für mich sagen, als jemand, der im Westen gelebt hat, aus dem Westen kommt, aber eben aus einer Zeit stammt, die sich auch noch sehr intensiv mit den Verhältnissen in der damaligen SBZ/DDR auseinandergesetzt hat, die in den letzten Jahren vor der Wende auch Verantwortung in der damaligen Bundesregierung getragen hat, für mich sind solche Tage wie jetzt in Berlin – wir hatten ja auch in Leipzig schon solche Tage – Tage, über die man sehr lange nachdenken muß, die es verbieten, jetzt schon vorschnelle Antworten zu finden. Ich möchte Ihnen nur in einem Recht geben, Frau Präsidentin, daß wir, ob im Osten oder im Westen, alle miteinander über die vergangenen 40 Jahre und 45 Jahre nachdenken müssen. Ich finde es besonders gut – das möchte ich hervorheben –, daß wir hier in diesem Raume im Deutschen Reichstag in Berlin, im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, im Gebäude des alten Deutschen Reichstages mit seiner Vergangenheit getagt haben, weil ich glaube, daß die Begegnung gerade hier an diesem Ort für viele auch ein Stück Genugtuung gewesen ist, daß man sein Leid und seine Pressionen auch einmal hier an diesem Ort vortragen konnte. (Beifall)

Und deshalb herzlichen Dank an Sie, Frau Präsidentin, daß Sie die Möglichkeit geboten haben, daß wir hier an diesem Ort haben tagen können, was ja auch nicht so ganz selbstverständlich ist. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Herr Abg. Markus Meckel, SPD-Fraktion.

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte auch beginnen mit einem Dank an die Präsidentin, die mit ihrer Anwesenheit deutlich macht, daß die Kommission nicht irgendeine Kommission ist, die irgendwo sitzt, sondern daß es der

Versuch ist, daß der ganze Bundestag diese Themen entsprechend aufnimmt. Dies ist die Aufgabe dieser Enquete-Kommission. Ich denke, daß in diesen beiden Tagen deutlich geworden ist, daß man die alltägliche Wirklichkeit in der DDR nicht unter ein Schlagwort fassen kann, sondern daß die Breite viel größer ist. Es gibt eben nicht nur Täter und Opfer. Es gibt beides in einem, es gibt eine ganze Palette. Es gibt Gegner dieses Systems, die sich die ganze Zeit als Gegner verstanden haben und dies immer in ihrem Kämmerlein taten. Und es gibt Opfer dieses Systems, die durchaus nicht politisch handeln wollten, sondern einfach durch den Vollzug ihres Alltags in das Getriebe dieses Systems hineingekommen sind. Auch dafür haben wir Beispiele gehört. Es gibt Leute, die durch ihr politisches Handeln zu Opfern wurden. Es gibt Leute, die dies getan haben, weil sie sagten, dieses System ist als Ganzes falsch. Es gibt Leute, die Marxisten und Kommunisten waren, die sagten, so wie es umgesetzt wird, ist es falsch, und sie sind genauso zu Opfern geworden. Ich denke, es ist ganz wichtig, diese Palette vor Augen zu haben. Wenn man unsere Veranstaltung betrachtet, ist es auch wichtig zu sehen, daß sie ganz bewußt die Repressionsmechanismen und die Opfer im Alltagsgeschehen und über den Alltag hinaus, wenn es um politische Verfolgung ging, in den Blick genommen hat. Wir als Kommission werden uns in weiteren Phasen der Arbeit auch mit anderen Bereichen des Alltags und seinen integrativen Maßnahmen beschäftigen.

In bezug auf die Arbeit unserer Kommission halte ich für wichtig, daß das, was wir hier erfahren haben, uns auch weiter beschäftigt. Verehrter Herr Vorsitzender, ich glaube nicht, daß man es mit einem Brief erledigen kann, sondern daß wir sehr ernst die Dinge aufnehmen, diskutieren und prüfen sollten und daß wir anschließend ganz konkrete Vorschläge formulieren sollten. Ich bin sehr dankbar, daß auch die Präsidentin das Ungenügende des bisherigen Gesetzes angesprochen hat. Gemeinsam müssen wir versuchen, weiter zu kommen. Es ist gestern ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Dinge im Bundestag nicht neu sind. Diskussionen darüber hat es schon gegeben. Bisher konnten sie sich nicht durchsetzen. Ich hoffe, daß dies künftig eher möglich sein wird und daß auch von den Fraktionen der Koalition dann in der ganzen Breite Zustimmung zu finden sein wird in den Fragen, die hier angesprochen wurden.

Einen letzten kurzen Hinweis auf unsere künftige Arbeit. Wir werden am 26./27. Januar nächsten Jahres, wenn alles gut geht, im ZK-Gebäude der SED, wieder mit einer öffentlichen Anhörung in Berlin sein. Sie beschäftigt sich mit Machstrukturen von Partei und Regierungsapparat, d. h. mit den internen zentralen, aber auch den regionalen Machtstrukturen. Ich möchte schon heute darauf aufmerksam machen.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Meckel. Ich darf Herrn Abg. Hansen, F.D.P., bitten.

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal deutlich machen, daß in der Aufgabenstellung dieser Enquete-Kommission etwas Erstmaliges und insofern auch Einmaliges liegt. Das ist ein Gegensatz zu dem, was nach 1949 in der alten Bundesrepublik geschehen ist, nämlich den Versuch zu machen, von der Politik her die Aufgabenstellung zu formulieren, Geschichte zu betrachten und aufzuarbeiten, Geschichte für die Gegenwart und für die Zukunft zu sehen – nach dem Motto: „Vergangenheit schreibt Zukunft“.

Das zweite, was ich betonen möchte, was eben hier noch einmal anklang, was aber gestern schon jemand so schön gesagt hat, ist folgendes: Auch im Westen – ich komme aus dem Westen – muß näher hingesehen werden, was im Osten gewesen ist. Heute ist durch Herrn Schacht noch einmal sehr deutlich gemacht worden, daß die Politik im Westen über vier Jahrzehnte hinweg unterschiedliche Positionen zur deutschen Frage formuliert hat. – Ich bin allerdings nicht der Auffassung, daß das schnell zu beantworten sein wird. – Es ist in direkter Konfrontation der Versuch gemacht worden, den Kalten Krieg, der 20 Jahre geherrscht hatte, zu durchbrechen. Nunmehr, nach 40 Jahren, muß verhindert werden, daß in den Köpfen der Kalte Krieg wieder aufgenommen oder fortgesetzt wird. Das kann eigentlich nur dann gelingen, wenn Ost und West und Nord und Süd, wenn die Deutschen aus allen Himmelsrichtungen gemeinsam diese Aufgabenstellung aufgreifen. Wir haben in den vergangenen Tagen auch gespürt – wenn nicht in Berlin, dann auch anderswo –, daß die Gefahr besteht, allzu schnell – nach einem knappen Jahr Stasiunterlagengesetz – wieder den Schwamm zu nehmen und darüber hinwegzuwischen und zu sagen: Die Vergangenheit, ach, die ist sowieso viel zu kompliziert, wichtiger sind die Aufgabenstellungen des Jetzt und des Morgen. Nein! Ich betone ganz ausdrücklich, die Probleme von heute im ökonomischen oder sozialen, aber auch im mentalen Bereich, sind nicht zu bewältigen, wenn nicht ohne Scheu vor allen Tabus der Versuch gemacht wird, aufzudecken, was gewesen ist. Mir ist ganz besonders wichtig, daß die Enquete-Kommission mit dieser Veranstaltung die Aussagen der Opfer, ob sie sich als Gegner verstanden oder als Wehrlose, erfahren und – ich sage es für mich persönlich – auch erlitten hat. Es ist wichtig, daß diese Opfer der Öffentlichkeit und uns, den Vertretern der Politik, mitteilen können, wie es gewesen ist. Das hat nicht nur psychologisch einen Sinn für den Betroffenen, sondern es hat auch sozialhygienisch einen Sinn, wenn man aus der Erfahrung heraus mit seinen Mitmenschen sprechen kann. Das ist ja das, was heute vormittag gesagt worden ist: Diese Kommunikationslosigkeit, die in der damaligen DDR in vielfacher Weise geherrscht hat, muß überwunden werden, auch wenn die Wohlstandsumstände nicht darauf hindringen, sich miteinander vertraut zu machen. Das, was die bundesbürgerliche Gesellschaft braucht, ist eigentlich, heraus aus der sozialen Isolierung zu kommen, sich wieder mehr einander

zuzuwenden, miteinander zu reden, Verständnis füreinander zu entwickeln. Die Vergangenheitsbewältigung Ost – West als gemeinsamer Prozeß kann ein hervorragender Beitrag sein zur Zukunftsbewältigung dieses vielfach in den Köpfen doch immer noch gespaltenen Deutschland. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Hansen. Herr Dr. Keller von der Fraktion der PDS/LL.

Abg. Dr. Keller (PDS/LL): Meine Damen und Herren, nach diesen andert-halb Tagen wünschte ich mir, daß es keine Enquete-Kommission gäbe, weil sie keine Gründe hätte zu tagen. Aber da sie Gründe hat, müssen wir alle diese Trauerarbeit leisten. Sie verstehen das bitte richtig, daß ich mich persönlich besonders angesprochen fühle, weil Menschenwürde verletzt wurde im Sinne einer Idee, die es nicht verdient, so beleidigt zu werden. Ich weiß auch, daß hundert Fälle oder tausend Fälle oder wie viele Fälle auch immer noch kein objektiviertes Geschichtsbild ergeben. Aber ich weiß, daß jede einzelne Verletzung der Menschenwürde in der Geschichte nach 1945 eine zuviel ist. So schwierig die Aufgabe dieser Kommission ist, wir müssen sie leisten. Wir müssen sie leisten, um einen klaren Blick nach hinten zu bekommen für unsere Geschichte. Aber wir müssen sie vor allen Dingen auch leisten, um unseren Kindern und Kindeskindern vernünftige, gute Antworten geben zu können. Insofern glaube ich schon, daß all das, was ich gehört habe von Menschen, die gelitten haben, denen Unrecht zugefügt wurde, mir helfen wird, ein Bild der Geschichte dieses Landes mit suchen zu helfen und zu finden, das nicht nur Schuld irgendwo sucht, nicht nur in den internationalen Beziehungen und nicht nur in den deutsch-deutschen Beziehungen, sondern das auch Schuld benennt bei denen, die sich wirklich schuldig gemacht haben.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich darf als letzten, aber wahrlich nicht geringsten, Herrn Abg. Gerd Poppe, Bündnis 90/Die Grünen, bitten, das Wort zu nehmen.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich fand an diesen beiden Tagen besonders wichtig, daß es nicht nur um die spektakulären Fälle ging, die medienträchtigen, sondern daß sehr viel vom Alltagsleben die Rede war, von dem, was jedem einzelnen und jeder einzelnen in der DDR geschehen konnte und zu einem erheblichen Teil auch geschehen ist. Wir haben über die Probleme von Anpassung, Verweigerung bis hin zum Widerstand gehört, über ein abgestuftes System von Repressionen. Wir haben festgestellt, daß es keine einfachen Schemata zur Erklärung gibt, sondern daß sehr differenziert an die Probleme herangegangen werden muß. Wir haben, denke ich, es auch als besonders sinnvoll angesehen, daß hier zahlreiche Menschen aus den alten Bundesländern teilgenommen haben, die z.T. zum ersten Mal überhaupt von diesen Vorgängen Kenntnis erhalten haben. Ich halte das für sehr sinnvoll, wie ich überhaupt meine, daß es notwendig sein wird, Verständnis zu erwecken auch bei denjenigen, die diese Erlebnisse nicht hatten. Ich denke, daß sie

sich bemühen sollten, eine größere Sensibilität, als das bisher manchmal der Fall ist, zu erreichen für diese Vorgänge, weil dies den Prozeß des Zusammenwachsens der Deutschen erleichtern kann. Ich wäre auch sehr froh, wenn solche Vorgänge häufiger als bisher in den Medien beschrieben würden. Mindestens ebenso oft wie die Täter oder Helfershelfer sollten auch die eigentlichen Opfer zu Wort kommen!

(Beifall)

Wir haben sehr interessante Vorträge gehört. Wir haben heute von Herrn Schuller gehört, wie die Rahmenbedingungen gewesen sind, die ja über mehrere Jahrzehnte fast unverändert blieben. Allerdings blieb nicht in gleichem Maße unverändert, wie man sich engagieren konnte, wie man sich dagegen einsetzen konnte. Die Tatsache, daß Willkür herrschte, daß Angst erzeugt wurde, daß der Eindruck von der Unabänderlichkeit des Systems erweckt werden sollte, mußte nicht dazu führen, daß man schwieg, mußte nicht bei Angst und Hilflosigkeit der Betroffenen stehenbleiben. Wir haben durch viele Beispiele gehört, daß dieses Handeln möglich war, daß es auch sinnvoll war. Vieles von dem, was hier berichtet wurde, zeigt, daß es innerhalb einer Diktatur, wenn man sich erfolgreich gegen eine Diktatur zur Wehr setzen will, offenbar notwendig ist, die Spielregeln zu verletzen, den Rahmen, der einem abgesteckt wird, zu verlassen. Dann hat man die Chance, nicht nur Opfer zu bleiben, sondern handelnde Person zu werden, die sich zur Wehr setzt, die – wie Ulrich Schacht es sagte – Gegner war und niemals Opfer. Das sagte jemand, der inhaftiert war und es dort wahrlich nicht leicht hatte. Ich finde, diese Haltung zeigt, wie man mit Diktatur umgehen muß. (Beifall)

Als letztes, aber wirklich nicht als das unwesentlichste – es ist das wesentlichste Problem, das wir in der nächsten Zeit zu klären haben –, möchte ich noch einmal auf das, was Zeitzeugen und Opfer im engeren Sinne hier gesagt haben, kurz eingehen. Es war erschütternd zu erfahren, wie tief die Verletzungen, die z.T. doch schon jahrzehntelang zurückliegen, immer noch sind, wie schwer es einzelnen fiel, heute darüber zu reden, nachdem sie oft jahrzehntelang gezwungen waren zu schweigen. Die Würde dieser Menschen ist noch nicht wiederhergestellt! – Und es gibt einen Handlungsbedarf des Gesetzgebers, den alle Gruppen und Fraktionen, die in der Enquete-Kommission vertreten sind, gemeinsam betonen. Ich hoffe, daß es nun auch zu Taten kommt. Es geht nicht nur um Geld – obwohl das 2. Unrechtsbereinigungsgesetz auch etwas zur Entschädigung sagen muß von Fällen, die nach den bisherigen gesetzlichen Regelungen nicht entschädigt werden können. Es geht in erster Linie um die Wiederherstellung der Würde der Menschen. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Poppe. Es besteht nun die Gelegenheit für die Kolleginnen und Kollegen der Medien, Fragen an die Obleute und natürlich an Frau Süßmuth zu richten.

(Pressekonferenz)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zum Abschluß nun noch ein Wort des Dankes und zwei Bitten. Herzlichen Dank, daß Sie heute hier gewesen sind. Herzliche Bitte: Erzählen Sie weiter an Freunde, an Nachbarn, an Lehrer, an Journalisten, an Studenten, an Schüler, an Auszubildende, an Arbeiter, daß am 26./27. Januar 1993 im ehemaligen ZK-Gebäude an zwei Tagen öffentliche Anhörungen zu dem Thema „Machtstrukturen der SED“ stattfinden. Meine letzte Bitte: Kommen Sie gut nach Hause! Auf Wiedersehen! (Beifall)

Ende der Sitzung 12.40 Uhr